

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Forcierte Bindung an Rußland

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 274

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1996) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Forcierte Bindung an Rußland, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 274, ISBN 3894561203, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/929>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

274

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Forcierte Bindung an Rußland

Inhaltsverzeichnis

I. Produktion, Investitionen und Preise	3
II. Arbeitsmarkt	4
III. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte	5
IV. Öffentliche Haushalte	5
V. Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik	7
VI. Außenwirtschaft	9
VII. Ordnungspolitische Entwicklungen	10
VIII. Ausblick	12
IX. Statistischer Anhang	13
Literaturverzeichnis	18

Dieser Bericht wurde am 15. März 1996 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich, Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus : forcierte
Bindung an Rußland / Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft, 1996**

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 274)

ISBN 3-89456-120-3

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>; GT

©

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Produktion, Investitionen und Preise

Der Schrumpungsprozeß der weißrussischen Wirtschaft hat sich 1995 fortgesetzt, wobei sich der Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr etwas verlangsamte (Tabelle A1).¹ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank nach offiziellen Angaben um 10 vH (1994: -13 vH). Auf der Entstehungsseite des nominalen BIP erhöhte sich das relative Gewicht der Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr von 43 auf 47 vH, während der Anteil der Güterproduktion von 47 auf 44 vH zurückging. Bei der Verwendung des nominalen BIP verzeichnet die Statistik einen Rückgang des Anteils des privaten Verbrauchs von 57 vH auf etwa 50 vH, während der Verbrauch des Staates und nichtkommerzieller Organisationen leicht anstieg (1994: 28 vH; 1995: 29 vH). Auf die „Bruttoakkumulation von Anlagevermögen“, die mit den Bruttoanlageinvestitionen der Investitionsstatistik nicht identisch ist, entfiel 1995 ein Viertel des BIP (1994: 29 vH). Der Importüberschuß sank von 13 auf 5 vH des BIP. Dies bedeutet, daß dem überdurchschnittlichen Rückgang des privaten Verbrauchs und der Bruttoanlageinvestitionen eine erheblich verbesserte Handelsbilanz gegenüberstand.

Der von der Statistik ausgewiesene Rückgang der Investitionen fiel 1995 mit 27 vH (1994: -11 vH) nahezu dreimal so hoch aus wie der Rückgang des BIP (Tabelle A1), wobei der nachträglich revidierte Vergleichswert für das Vorjahr allerdings wenig glaubwürdig ist.² Im staatlichen Sektor, in dem die Kolchosen und die in Aktiengesellschaften umgewan-

delten Staatsunternehmen nicht enthalten sind, wurden 75 vH (1994: 69 vH) aller Investitionen getätigt. Stärker als im Durchschnitt sanken 1995 die Investitionen in der Landwirtschaft (-37 vH), im Wohnungsbau (-36 vH) und im Bildungswesen (-54 vH). Die Investitionen in der Industrie gingen um 23 vH zurück. Ein Zuwachs wird für die Investitionen im Nachrichtenwesen (90 vH), im Banken- und Versicherungssektor (37 vH) sowie im Bereich Handel und Gaststätten (3 vH) ausgewiesen. Die größten Anteile an den gesamten Investitionen haben die Industrie (1990: 24 vH; 1995: 29 vH) und der Wohnungsbau (1990: 20 vH; 1995: 21 vH). Eine erhebliche Anteilssteigerung verzeichneten das Verkehrswesen (1990: 6 vH; 1995: 13 vH) und das Gesundheitswesen (1990: 2 vH; 1995: 6 vH), stark an Bedeutung verloren haben die Investitionen in die Landwirtschaft (1990: 29 vH; 1995: 9 vH) (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 36, 107; *Statističeskij bjulleten'* Nr. 12 aus 1995: 153 ff.).

Die Produktionsentwicklung in der Industrie verlief 1995 in den einzelnen Branchen außerordentlich uneinheitlich (Tabelle A2). Bei einem durchschnittlichen Rückgang um 11,5 vH (1994: -17,1 vH) verzeichneten die Brennstoffindustrie (10,1 vH) und die Chemie und Petrochemie (8,5 vH) deutliche Zuwächse. Der Aufschwung in der Brennstoffindustrie ist jedoch ausschließlich auf die Verarbeitung russischen Erdöls für russische Kunden zurückzuführen, die über 90 vH der Produktion der

Raffinerien abgenommen haben. Der Produktionsanstieg in der Chemieindustrie wurde zu einem erheblichen Teil durch einen Anstieg der Exporte von Grundstoffen (insbesondere Düngemitteln) erzielt. Einen starken Produktionsrückgang verzeichnete der Maschinenbau (-22,4 vH), was in erster Linie auf die erneut rückläufigen Investitionen und auf die Verringerung der Exporte in die GUS zurückzuführen ist. Der erneut massive Produktionseinbruch in der Leichtindustrie (-32,9vH) ist primär auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowohl im Inland wie in der GUS zurückzuführen.³ Bei allen Fertigwaren hat sich die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels im Zusammenhang mit der Wechselkursstabilisierung äußerst nachteilig auf die Bemühungen der Produzenten ausgewirkt, auf den OECD-Märkten Fuß zu fassen.

Die Agrarproduktion ging 1995 um 5 vH zurück (1994: -14 vH). Die negative Produktionsentwicklung betraf ausschließlich die Kolchosen und Sowchosen (-12 vH), während in

den privaten Nebenerwerbswirtschaften ein Zuwachs verzeichnet wurde (7 vH). Bei der Produktion pflanzlicher Erzeugnisse gab es einen Anstieg um 2 vH, bei den tierischen Erzeugnissen verlief die Produktionsentwicklung negativ (-7 vH) (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 27).

Die Inflation schwächte sich im Verlauf des Jahres 1995 spürbar ab (Tabelle A3). Die Verbraucherpreise stiegen von Dezember 1994 bis Dezember 1995 um 244 vH (Nahrungsmittel: 220 vH; übrige Konsumgüter: 259 vH; Dienstleistungen: 477 vH), wobei sich die monatlichen Preissteigerungsraten seit Mai 1995 zwischen 2,5 und 5 vH bewegten (Januar 1995: 39 vH). In noch stärkerem Maße ging der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zurück. Im Dezember 1995 lagen sie um 142 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats, der monatliche Preisanstieg lag im letzten Quartal kontinuierlich unter 3 vH (Januar: 44 vH) (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 75 ff., 125 ff.).

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der offiziell Beschäftigten ging im Verlauf des Jahres 1995 um knapp 5 vH zurück und betrug zu Beginn dieses Jahres 4,2 Millionen (1990: 5,1 Millionen; Anfang 1995: 4,4 Millionen). Der Beschäftigungsabbau blieb damit erneut deutlich hinter dem Produktionsrückgang zurück. Überdurchschnittlich sank die Beschäftigung 1995 in der Bauwirtschaft (-11,4 vH), in der Industrie (-8,5 vH) und im Handels- und Gaststättensektor (-8,4 vH). Einen Beschäftigungszuwachs verzeichneten

demgegenüber der Banken- und Versicherungssektor (12,6 vH), die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (8,6 vH), die öffentliche Verwaltung (7,4 vH), das Gesundheits- und Sozialwesen (2,9 vH) sowie das Bildungswesen (1,4 vH). Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Dezember 1995 offiziell 131 000, die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Jahresende 1994 von 2,1 auf 2,7 vH (*Statističeskij bulletin'* Nr. 12 aus 1995: 51 ff.; Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 82 f.). Es muß

jedoch bezweifelt werden, daß die offizielle Arbeitslosenstatistik der Realität entspricht. Nach der Methode der Internationalen Arbeitsorgani-

sation (ILO) hat das Ministerium für Arbeit eine Arbeitslosenquote von 9 vH errechnet (*Nacional'naja gazeta* Nr. 9 aus 1996).⁴

III. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen sanken gegenüber 1994 um 21,5 vH, die Reallöhne (einschließlich von den Unternehmen gezahlter Zuwendungen) nur um 6 vH. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit sowie aus Arbeit im Ausland und für ausländische Organisationen an den Gesamteinkommen halbierte sich gegenüber dem Vorjahr und sank noch unter sein Niveau von 1993 (Tabelle A4). Möglicherweise verbirgt sich dahinter ein Effekt, der durch die Anfang 1995 abgeschaffte Strafsteuer auf die Überschreitung der Lohnsummengrenze ausgelöst wurde. Durch die Strafsteuer hatten die Unternehmen einen Anreiz, Löhne in Form von Gewinnen auszuzahlen. Die rückständigen Lohnzahlungen betragen im Dezember 1995 etwa ein Fünftel der monatlichen Lohnsumme. Etwa 35 vH der Bevölkerung haben ein Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der offiziell festgelegten Armutsgrenze.⁵

Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe, in der Staatsverwaltung und im Baugewerbe gezahlt, während die Löhne im sozialen Bereich und in der Landwirtschaft weit unter dem Durchschnitt blieben (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 71 f.). Der Mindestlohn wurde im März verdoppelt, und im Dezember 1995 betrug er 11 vH der offiziell festgelegten Armutsgrenze. Die Renten wurden mehrmals der Preisentwicklung angepaßt. Die Durchschnittsrente erreichte im Dezember 82 vH der Armutsgrenze.

Trotz gesunkener Realeinkommen ist der ausgewiesene Anteil der Konsumausgaben an den Geldeinkommen im Jahr 1995 zurückgegangen. Der Anteil der Ersparnis ist dagegen um 6 Prozentpunkte gestiegen. Hierbei hat insbesondere der Ankauf von Devisen an Bedeutung gewonnen. Etwa 40 vH der Ersparnis entfielen im Jahr 1995 auf den Kauf von Devisen (Tabelle A4). Offensichtlich war die Bevölkerung um eine wertstabile Geldanlage bemüht.

IV. Öffentliche Haushalte

Der im Vorjahr eingeschlagene restriktivere finanzpolitische Kurs wurde auch 1995 beibehalten. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag in der Größenordnung von 2,5 vH des BIP und damit leicht unterhalb des Vorjahres-

niveaus (Tabelle A5). Bei anhaltendem Produktionseinbruch und dem damit verbundenen erneuten Rückgang der Steuerbasis ging die Defizitbegrenzung im wesentlichen auf reale Ausgabenkürzungen zurück. Zur Finanzierung

des Defizits wurden Kredite der weißrussischen Nationalbank und internationaler Organisationen herangezogen; die Emission von Staatspapieren spielte noch immer eine untergeordnete Rolle.

Bei im Jahresvergleich leicht gesunkener Steuer- und Abgabenquote kam es 1995 zu einem deutlichen Wandel der Aufkommensstruktur. Bedingt durch die schlechte Ertragslage der Unternehmen und die Liquiditätspässe sank der Anteil des Gewinnsteueraufkommens am BIP gegenüber 1994 um mehr als 2 Prozentpunkte auf 7 vH, gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 sogar um mehr als 3 Prozentpunkte (DIW, IfW, IWH 1995: 757). Allerdings geht aus den vorliegenden Daten nicht hervor, in welchem Maße der Beitrag der Unternehmen zum Budget tatsächlich gesunken ist. Die „sonstigen Einnahmen“, hinter denen sich auch zahlreiche Sonderabführungen der Unternehmen verbergen, hatten 1995 einen deutlichen Zuwachs zu verbuchen. Aufgrund des rückläufigen Gewinnsteueraufkommens wurde die Mehrwertsteuer (8,9 vH des BIP) zur wichtigsten Einnahmequelle des konsolidierten Haushalts.

Bei weiter sinkendem Bruttoinlandsprodukt lag 1995 der Ausgabenanteil des konsolidierten Haushalts am BIP einen Prozentpunkt unter dem Vorjahresniveau.⁶ Die reale Kürzung der Ausgaben für die Volkswirtschaft, unter die neben Subventionszahlungen auch Ausgaben für Investitionen gefaßt werden, setzte sich 1995 fort. Gleichzeitig stieg der Anteil der Ausgaben für Bildung, Kultur und Soziales am BIP um 2 Prozentpunkte. Bei real rückläufigen staatlichen Investitionen wuchs damit der konsumtive Teil der Ausgaben weiter an. Der Anteil der „sonstigen Ausgaben“ am BIP, unter

die in der Vergangenheit auch zusätzliche subventionierte Kredite an die Unternehmen gefaßt wurden, ging gegenüber dem Vorjahr zurück.

Der Haushalt für das Jahr 1996 war bis Mitte März noch nicht verabschiedet. Der vorliegende Haushaltsentwurf, der unter der Annahme eines realen BIP-Wachstums von bis zu 1 vH konzipiert wurde, geht von insgesamt leicht steigenden Einnahmen aus. Unter diesen Annahmen bezüglich der Produktionsentwicklung wird auch durch die geplante Einführung von Steuervergünstigungen für Investitionen ein weiterer Rückgang des Gewinnsteueraufkommens erwartet. Wachsende Einnahmen werden vor allem von der im 2. Halbjahr 1995 durchgesetzten Steigerung der Außenwirtschaftstarife und den am 1. Januar 1996 in Kraft getretenen Erhöhungen der Akzisen erwartet. Die Ausgabenquote wird nach diesem Entwurf 1996 um 1 Prozentpunkt steigen. Während die Ausgaben für die Volkswirtschaft rückläufig sein sollen, ist eine weitere Zunahme der Ausgaben für „Bildung, Kultur und Soziales“ vorgesehen. Das geplante Defizit bewegt sich unter der 3-Prozent-Marke. Auch für 1996 ist eine teilweise Finanzierung des Defizits durch die Nationalbank vorgesehen. Allerdings sollen zukünftig vermehrt staatliche Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt platziert werden. Da die Nachfrage nach diesen Papieren bislang ausgesprochen gering war, ist vorgesehen, die Verwendung von Überschüssen der außerbudgetären Fonds für den Kauf von Staatspapieren festzuschreiben. Dies käme einer Umschichtung der Finanzen innerhalb des öffentlichen Sektors gleich. Darüber hinaus werden zur Defizitfinanzierung auch für 1996 Kredite internationaler Finanzorganisationen erwartet (in Höhe von 0,5 vH des

BIP). Unklar ist derzeit, ob und wie sich die Verhandlungen zwischen Rußland und Belarus über Elemente einer gemeinsamen Haushalts-

politik auf die weißrussische Finanzpolitik auswirken werden.

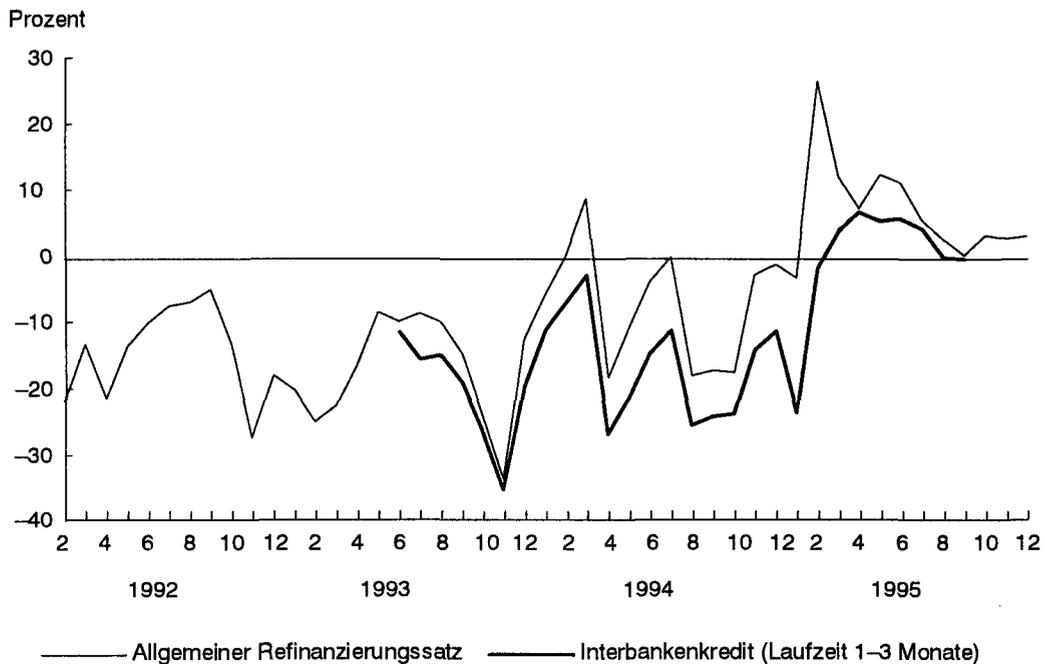
V. Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik

Im Jahr 1995 konnten die Gefahren für den geldpolitischen Stabilisierungsprozeß zunächst abgewendet werden (DIW, IfW, IWH 1995: 757).⁷ Die Wachstumsrate der Geldmenge M3 hat sich von durchschnittlich mehr als 100 vH pro Quartal in 1994 auf weniger als 30 vH in 1995 abgeschwächt (Tabelle A6). Im Zuge dieses Rückgangs des Geldmengenwachstums fiel die monatliche Preissteigerungsrate im Jahr 1995 von Werten nahe der Hyperinflation noch zum Jahresanfang seit Mai unter die 5-Prozent-Marke. In ähnlichem Ausmaß wie die Geldmenge M3 wurde auch die Kreditvergabe der Zentralbank bzw. der Geschäftsbanken zurückgeführt. Die Bargeldemission expandierte mit 55 vH deutlich stärker als die übrigen Aggregate.

Die zu beobachtenden Stabilisierungserfolge stehen noch immer auf extrem schwachen Grundlagen. Die Nationalbank hat — anders als die russische Zentralbank — die Refinanzierungszinsen seit September 1995 recht drastisch von 480 vH per annum zum Jahresanfang auf 66 vH gesenkt.⁸ Damit konnten in Belarus nur noch leicht positive Realzinsen erzielt werden; der durchschnittliche reale Refinanzierungszins gelangte bereits im August wieder in den negativen Bereich (Schaubild 1).⁹ Durch die radikale Lockerung des zinspolitischen Kurses und des ohnehin erheblichen politischen Einflusses auf die Nationalbank ist

das Stabilitätsziel gefährdet. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß sowohl aufgrund eines zunehmenden Anteils notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken als auch aufgrund einer zunehmenden zwischenbetrieblichen Verschuldung der Druck auf die Nationalbank steigt, die Kreditvergabe auszuweiten. Arbeitsunterlagen der Nationalbank zufolge ist bis zum Jahresende 1995 der Anteil überfälliger bzw. nach Ablauf der Rückzahlungsfrist zunächst prolongierter Bankkredite auf 12,8 vH angestiegen. Noch im März 1995 war lediglich ein Wert von 2 vH ausgewiesen worden. Zu vermuten ist noch immer, daß nicht alle Risikokredite in diesen Kennziffern tatsächlich erfaßt werden. Zudem hat die zwischenbetriebliche Verschuldung allein in den ersten acht Monaten von 1995 um real 13 vH zugenommen.

Die Nationalbank hat zwischen April und Dezember 1995 einen festen Wechselkurs von 11 500 weißrussischen Rubeln zum US-Dollar verteidigt. Ende Januar 1996 wurde ein Wechselkurskorridor von 11 300 bis 13 100 weißrussischen Rubeln je US-Dollar für das erste Halbjahr 1996 offiziell bekanntgegeben. Ferner wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung, wie etwa die Zwangsumtauschpflicht von Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften sowie eine mengenmäßige Importbeschränkung, eingeführt (*Minsk Eco-*

Schaubild 1 — Monatliche Realzinssätze^a 1992–1995

^aMit dem Erzeugerpreisindex deflationiert.

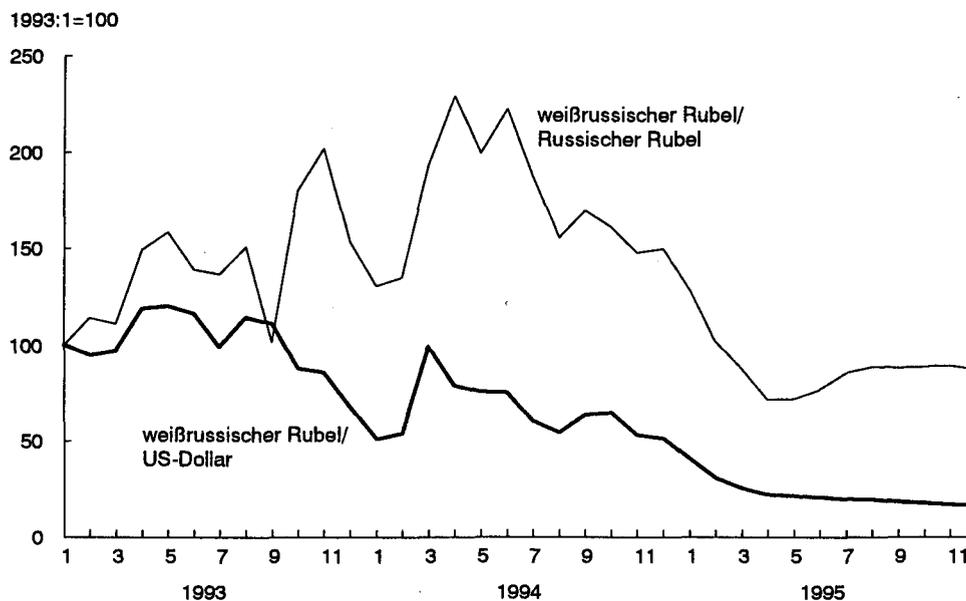
Quelle: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der Nationalbank sowie eigene Berechnungen.

nomie News Nr. 2 aus 1996: 1 sowie Nr. 3 aus 1996: 4). Diese Maßnahmen sind ein Versuch, angesichts der mit dem Wechselkursziel inkompatiblen Geldpolitik eine Zahlungsbilanzkrise zu verhindern.

Die aus dem fixierten Wechselkurs resultierende reale Aufwertung des weißrussischen Rubels gegenüber dem Dollar lag für das gesamte Jahr 1995 bei 64,5 vH (Schaubild 2), nachdem bereits in den Vorjahren eine deutliche reale Aufwertung der weißrussischen Währung zu verzeichnen war. Wenngleich der Wechselkurs zum russischen Rubel nicht vollständig fixiert worden ist, blieb er doch im

Verlauf des Jahres 1995 relativ konstant. Dies bedeutete seit April 1995 eine reale Abwertung des weißrussischen Rubels, so daß im Dezember der reale Wechselkurs vom März 1995 wieder erreicht wurde. Insgesamt war jedoch für das gesamte Jahr eine reale Aufwertung von rund 40 vH gegenüber dem russischen Rubel zu verzeichnen. Im Ergebnis hat die Wechselkursverteidigung die Wettbewerbsposition weißrussischer Unternehmen auf den Weltmärkten verschlechtert und Anreize geschaffen, im Inland produzierte Waren durch Importe zu substituieren.

Schaubild 2 — Realer Wechselkurs des weißrussischen Rubels 1993–1995



Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds sowie eigene Berechnungen.

VI. Außenwirtschaft

Das Handelsbilanzdefizit der Republik Belarus hat sich 1995 gegenüber dem Vorjahr verringert. Nach ersten Schätzungen erreichte die Ausfuhr 4,1 Mrd. US-Dollar (nach 3,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 1994) und die Einfuhr 4,6 Mrd. US-Dollar (nach 3,7 Mrd. US-Dollar). Bei weitem größter Handelspartner war Rußland mit etwa 60 vH der Ausfuhren und 70 vH der Einfuhren. Angesichts dieses unverändert hohen Gewichts wurden Veränderungen der weißrussischen Handelsbilanz wesentlich durch diesen bilateralen Handel bestimmt.

Im Drittländerhandel hat insbesondere die Ausfuhr von Erzeugnissen der Leichtindustrie wie Textilien und Bekleidung (Lohnveredelung) deutlich zugenommen (*Nachrichten für*

Außenhandel vom 20. Februar 1996).¹⁰ Da die inländische Nachfrage in diesem Sektor besonders stark zurückging, dürfte die Produktion für den Export eine wichtige Stütze der noch verbliebenen Beschäftigung geworden sein. Bei der Ausfuhr in die Europäische Union wurden für einige Produkte sogar die auf der Grundlage des Welttextilabkommens festgesetzten Höchstmengen erreicht. Allerdings wurden für 1996 bereits deutlich höhere Quoten vereinbart, so daß von der Nachfrageseite her einem weiteren Anstieg der Exporte zunächst keine Grenzen gesetzt sind. Auf der Angebotsseite hingegen hat die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels im Verlauf des Jahres 1995 die Rentabilität der Exporte geschmä-

lert. Da die Exporte der Leichtindustrie großenteils Auftragsproduktionen für ausländische Hersteller oder Handelsketten darstellen und hier ein intensiver Preiswettbewerb zwischen verschiedenen Produzentenlandern herrscht, würde eine Aufrechterhaltung der Überbewertung des weißrussischen Rubels diesen ersten Ansatz zu einer Diversifizierung des Exportangebots ersticken.

Bereits jetzt hat das Bestreben der Nationalbank, den nominalen Wechselkurs zu stabilisieren, zu Rückschritten bei der Liberalisierung der Auenhandelspolitik geführt. Um einen Rückgang der Devisenreserven zu vermeiden, ist seit Dezember 1995 der Kauf von Devisen nur für „essentielle“ Importe zulässig (vor allem Energieträger, industrielle Grundstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse, einige Nahrungsmittel). Zwar soll dieser direkte administrative Eingriff im Frühjahr 1996 durch eine Steuer von 10 vH auf den Erwerb von Devisen für „nichtessentielle“ Importe ersetzt werden (*Nachrichten für Außenhandel* vom 7. Februar 1996). Damit bliebe es aber bei einer steuersystematisch problematischen Diskriminierung, da bereits die Einfuhrzölle eine differenzierte Besteuerung der verschiedenen Produkte beinhalten. Die Umtauschpflicht für Exporterlöse an der staatlichen Devisenborse wurde kürzlich von bisher 50 auf nunmehr 100 vH heraufgesetzt (*Handelsblatt* vom 22. Februar 1996). Angesichts der realen Überbewertung und der wenig transparenten Devisenmarktinterventionen der Nationalbank erhöht diese Maßnahme die Unsicherheit über die Rentabilität der Exporte und behindert damit die dringend erforderliche Integration der Republik Belarus in die internationalen Gutermarkte.

Wegen der Rückschritte in der Auenhandelspolitik und der verschleppten Reformen auch auf anderen Gebieten hat der Internationale Währungsfonds von dem 1995 zugesagten Beistandskredit in Höhe von 300 Mill. US-Dollar bisher nur eine erste Tranche von 70 Mill. US-Dollar freigegeben (*Economist* vom 2. März 1996). Dies hat dazu beigetragen, daß das Handelsbilanzdefizit in Höhe von gut 400 Mill. US-Dollar im Jahr 1995 teilweise durch eine Erhöhung der Zahlungsrückstände gegenüber dem russischen Erdgaslieferanten Gazprom in Höhe von etwa 200 Mill. US-Dollar „finanziert“ wurde (*Handelsblatt* vom 22. Februar 1996). Die weißrussischen Schulden gegenüber Rußland wurden aufgrund einer Vereinbarung der Präsidenten beider Staaten vom Februar 1996 mit Wirkung zum 1. Januar 1996 gestrichen. Dies betraf vor allem Zahlungsrückstände von knapp 800 Mill. US-Dollar aus Energielieferungen sowie zwischenstaatliche Kredite im Umfang von knapp 500 Mill. US-Dollar. Im Gegenzug verzichtete Belarus u.a. auf die Begleichung von Forderungen aus der Stationierung russischer Truppen in Belarus und aus der Ablieferung von Atomwaffen an Rußland im Zuge der Abrüstung (*Itar-Tass* vom 27. Februar 1996). Selbst eine derart umfassende Schuldenstreichung kann allerdings nur dann zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beitragen, wenn sie von glaubwürdigen Strukturreformen begleitet wird. Nur so kann das Handelsbilanzdefizit langfristig auf einen Umfang zurückgeführt werden, der am internationalen Kapitalmarkt finanzierbar ist. Ansonsten kann die Schuldenstreichung nicht mehr als eine Atempause vor einer Zahlungsbilanzkrise bedeuten.

VII. Ordnungspolitische Entwicklungen

Nach den Wahlen im Dezember 1995 konnte zwar die Beschlußfähigkeit des Parlaments wiederhergestellt werden. Der Präsident stellt aber weiter die bestehende Verfassung und die Kompetenz des Parlaments in Frage. Dies ist ein entscheidendes Hemmnis für den weiteren Fortgang der Reformen.

Zum Stand der Privatisierung Ende 1995 wurden von weißrussischer Seite bislang keine statistischen Angaben veröffentlicht. Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß das bereits im ersten Halbjahr geringe Tempo der Privatisierung (DIW, IfW, IWH 1994) sich im weiteren Jahresverlauf sogar noch verlangsamte. Fortschritte konnten nur bei der Privatisierung von Wohnungen verbucht werden (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 41). Die Ausgabe von Schecks¹¹ zur Privatisierung von Unternehmen verlief schleppend. Zum 1. Dezember 1995 hatten erst 54,5 vH der berechtigten Bürger einen Antrag auf Zuteilung eines Schecks gestellt (*Sovetskaja Belorussija* vom 15. Dezember 1995). Daher ist die Ausgabefrist bis zur Jahresmitte 1996 verlängert worden.

Das Privatisierungsprogramm für 1996 wurde bereits am 30. Dezember 1995 und damit erstmals fristgerecht verabschiedet.¹² Laut Programm sollen nur 516 Unternehmen, das sind rund 6,5 vH der staatlichen Unternehmen, der Privatisierung unterliegen. Da der bloßen Rechtsformänderung von Unternehmen im Programm ein großes Gewicht beigemessen wird, ist es wahrscheinlich, daß der bisherige Kurs, die Unternehmen zwar in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, aber selten tatsächlich zu privatisieren, fortgesetzt wird.

Das Privatisierungsprogramm sieht vor, daß sich über eine Erhöhung des Eigenkapitals externe Investoren, darunter Ausländer, an umgewandelten Unternehmen beteiligen können. Dabei besteht die Möglichkeit eines „debt-equity swap“. Diese Regelung erlaubt auch russischen Gläubigern, ihre Forderungen gegenüber weißrussischen Unternehmen umzuwandeln. Eine umfangreiche Beteiligung westlicher Ausländer ist aufgrund der restriktiven Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Damit fehlen wichtige strategische Investoren, die neues Kapital sowie Impulse für die notwendige Umstrukturierung der Unternehmen geben könnten.

Auch 1996 soll die Scheckprivatisierung das vorrangige Privatisierungsverfahren bleiben. Scheckeigentümer haben das Recht, die grundsätzlich nicht handelbaren Schecks an nahe Verwandte zu übertragen, gegen Anteile an Investmentfonds umzutauschen oder auf Privatisierungsauktionen direkt Aktien an Unternehmen zu erwerben. 1995 wurden die Schecks vor allem für den direkten Aktienerwerb verwendet. Die Beteiligung an Investmentfonds war gering, nachdem den Fonds die Lizenzen vorübergehend entzogen worden waren und sie ihre Tätigkeit für einige Monate einstellen mußten.¹³ Da in der Zukunft eine vergleichbare Maßnahme nicht auszuschließen ist, werden viele Scheckeigentümer die Anlage bei den Fonds weiterhin als unsicher einstufen. Die Investmentfonds werden daher bei der Privatisierung zumindest vorübergehend keine entscheidende Rolle spielen.

Beim Verkauf derjenigen staatlichen Unternehmensanteile, die nicht für die Scheckprivatisierung vorgesehen sind, wird

tisierung reserviert sind, können die Beleg-schaften Aktien mit einem Abschlag von 20 vH des Nominalwerts erwerben. Damit deutet sich an, daß auch nach der Veräußerung von Unternehmensanteilen die Stellung der Betriebszugehörigen nicht wesentlich geschmälert werden soll. Hierauf weist auch die Bestimmung hin, die der Privatisierungsbehörde das Recht gibt, externen Investoren Auflagen zu machen. Das im Privatisierungsprogramm genannte Ziel eines verstärkten Kapitalzuflusses wird nur unzureichend realisiert werden.

Neben der zögerlichen Privatisierung haben bislang auch die Regelungen für den Marktzu-

tritt und -austritt nicht zu einer Stärkung des Wettbewerbs geführt. Konkurse unrentabler Unternehmen wurden im vergangenen Jahr vermieden, obwohl zum Stand vom 1. Dezember 1995 immerhin 18 weißrussische Unternehmen als Verlustbetriebe eingestuft wurden (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996: 59). Darüber hinaus behindern Maßnahmen wie der Stopp der Neuregistrierung von privaten Unternehmen (*vwd-Rußland* vom 22. Februar 1996) die Entfaltung des privaten Sektors. Hiervon ist insbesondere die Gründung kleinerer und mittlerer Unternehmen betroffen, deren Bedeutung in Belarus ohnehin noch gering ist.

VIII. Ausblick

Zentrales Merkmal des weißrussischen Wirtschaftsprozesses war im Jahr 1995 die zunehmende Anbindung an die russische Wirtschaft. Dazu hat nicht nur die Umsetzung der Vereinbarungen zur Zollunion beigetragen, sondern auch der russische Forderungsverzicht in Höhe von über 1 Mrd. US-Dollar. Die Enge der Anbindung wird zudem dadurch dokumentiert, daß sich deutliche Parallelitäten in der sektoralen Struktur der realwirtschaftlichen Anpassung zeigen: Sowohl in Belarus als auch in Rußland sind es die rohstoffnahen Industriezweige, die am schnellsten die Durststrecke des Produktionsabbaus hinter sich bringen. Es sind in weit überwiegendem Maße russische Aufträge, die dazu beigetragen haben, daß sich in diesen Industriezweigen der Republik Belarus die Produktion erholt hat. Zugleich sind es in beiden Volkswirtschaften die Leichtindustrie und die konsumnahen Bereiche, die noch weit

von einer Stabilisierung der Produktion entfernt sind, auch weil diese Sektoren unter der realen Aufwertung gegenüber dem Dollar leiden.

Belarus ist dem russischen Beispiel eines Wechselkursziels gegenüber dem Dollar als Instrument der monetären Stabilisierung gefolgt. Insgesamt kann diese Parallelität als erste Stufe einer De-facto-Währungsunion gewürdigt werden. In beiden Fällen haben sich reale Aufwertungen gegenüber der Ankerwährung fortgesetzt. Allerdings war die Konsistenz der Wechselkurspolitik mit der Geldpolitik in Belarus wesentlich weniger gegeben als in Rußland. Zwar konnte die Parallelität der beiden Wechselkursregime bislang gewahrt werden. Jedoch hat die weißrussische Nationalbank das Wechselkursziel nur dadurch verteidigen können, daß sie in erheblichem Maße in die Devisenmärkte interveniert hat. Ohne Anpassung

der derzeit noch divergierenden Zinspolitiken beider Länder wird die De-facto-Währungsunion aber mittelfristig extremen Spannungen ausgesetzt sein. Kurzfristig sind diese Spannungen durch den Schuldenerlaß seitens Rußlands gemildert worden; er hat Belarus eine zahlungsbilanzpolitische Atempause verschafft. Die Budgetpolitik ist ebenso wie in Rußland restriktiv und wird auch 1996 vor erheblichen Herausforderungen an die Durchhaltbarkeit der Budgetdisziplin stehen.

Ordnungspolitisch ist Belarus immer noch weit davon entfernt, überzeugende Beweise einer Transformation zu liefern. Die Privatisierung sieht sich nach wie vor politischen Hemmnissen gegenüber und tritt daher auf der Stelle. Hier sind weitaus größere Defizite in

der Verankerung von Eigentumsrechten und anderen ordnungspolitischen Signalen zu verzeichnen als in Rußland.

Insgesamt lassen die zahlreichen Gleichschritte in den beiden Transformationspfaden den Schluß zu, daß die Entwicklung des BIP und der Inflation in Belarus verstärkt von der Rußlands bestimmt werden. Allerdings hinkt Belarus hinter der russischen Entwicklung her, so daß sich Niveauunterschiede ergeben. Für das Jahr 1996 ist in Belarus ein weiterer Rückgang des BIP zu erwarten, der aber 5 vH nicht überschreiten dürfte. Die Jahresinflation wird sich im zweistelligen Bereich bewegen, aber nur im besten Fall unter die 50-Prozent-Marke sinken.

IX. Statistischer Anhang

Tabelle A1 — Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren der Republik Belarus 1990–1995 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt ^a	.	-1,2	-9,6	-11	-13	-10
Industrieproduktion ^a	2,1	-1	-9,4	-10	-17,1	-11,5
Agrarproduktion ^a	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,1	-5
Bruttoanlageinvestitionen ^a	9	4	-29	-15	-11	-27
Einzelhandelsumsatz ^a	14,7	-8,1	-22	-14,4	-18	-25
Beschäftigte	-0,9	-2,5	-2,6	-1,3	-2,6	-4,8
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	17,7	94,4	759	1 256	1 865	535
Nominallöhne	16	97	843	1 097	1 487	664
Verbraucherpreise						
Jahresdurchschnitt	4,5	80,7	971	1 190	2 221	709
Dezember zu Dezember	1 960	244
Industrielle Erzeugerpreise						
Jahresdurchschnitt	.	.	.	1 530	2 170	503
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 865	142
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7

^aReal.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1992: 161, 165; 1994: 16 f.; 1995a: 8 ff., 197; 1995b: 5 ff., 74; 1996: 5 ff., 75), *Statisticeskij bjulleten'* Nr. 12 aus 1995: 18 ff., 55, 180 ff.).

Tabelle A2 — Industrieproduktion in konstanten Preisen nach Wirtschaftszweigen 1990–1995 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
<i>Industrie insgesamt^a</i>	2,1	-1	-9,4	-10	-17,1	-11,5
Stromwirtschaft	3,1	0,9	-3,1	-10,9	-11,3	-15,8
Brennstoffindustrie	-2,3	-5,4	-42,9	-36,9	-45,2	10,1
Eisen- und Stahlindustrie	8,7	13,1	-13,7	-13,2	-12,5	-1,4
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3,3	5,1	-7,4	2,8	-14,1	-22,4
Chemie und Petrochemie	-0,1	-6,7	-14,7	-12,3	-16,8	8,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2,4	6,9	-7,2	-3,4	-12,7	-11,7
Baustoffindustrie	1,5	5	-10,6	-23,9	-28,8	-19,3
Leichtindustrie	0,3	1	0,7	1,7	-23	-32,9
Nahrungsmittelindustrie	1,8	-9,4	-17,6	0,1	-5,5	-14,1

^aOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1994: 188 f.; 1995b: 87; 1996: 14).

Tabelle A3 — Daten zur Preisentwicklung 1994 und 1995 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise		Industrielle Erzeugerpreise	
	1994	1995	1994	1995
Januar	40,7	39,2	24,3	44,4
Februar	18,7	33,7	17,3	13,2
März	10	20	12	9,6
April	29	14,5	37	7,6
Mai	29	3,4	32	2,4
Juni	20	2,5	22	1,2
Juli	27	5,2	18	2,4
August	53	3	42	5,1
September	26	5,2	42	5,2
Oktober	26	3,4	42	2,1
November	41	3,7	28	2,6
Dezember	31	3,9	26	2,2

Quelle: Statističeskij bjulleten' Nr. 12 aus 1995: 191, 204.

Tabelle A4 — Struktur der Geldeinkommen und -ausgaben der privaten Haushalte 1993–1995 (vH)

	1993	1994	1995
Geldeinkommen	100	100	100
Lohn der abhängig Beschäftigten	62,8	54,7	64,3
Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte	3,3	4,0	4,6
Renten, Stipendien, soziale Transfers	15,0	13,4	16,6
Zuwendungen aus dem Finanzsystem (Kredite, Zinsen, Versicherungsleistungen)	3,8	2,3	2,1
Sonstige Einkommen (Unternehmertätigkeit, Lohn aus Tätigkeit im Ausland oder für ausländische Organisationen)	15,1	25,6	12,4
Verwendung der Einkommen	100	100	100
Konsumausgaben	.	83,3	76,9
Abführungen an das Finanzsystem	.	5,8	6,9
Zuwachs der Spareinlagen	.	2,3	4,2
Devisenerwerb	.	1,9	6,7
Kauf von Wertpapieren	.	1,2	1,3
Sonstige Verwendung, Zuwachs des Bargeldbestands ^a	.	5,5	4,0

^aIn der Statistik nicht ausgewiesen.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1995b: 67–69; 1996: 68).

Tabelle A5 — Konsolidierter Haushalt 1992–1996 (vH des BIP)

	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Einnahmen insgesamt</i>	32,4	31,5	32	31,5	32,3
Mehrwertsteuer	12	8,7	8,8	8,9	8,7
Akzisen	2,9	3,8	3,4	2,6	3,4
Gewinnsteuer	8,3	9,4	9,5	7,1	6,7
Einkommensteuer	2,4	2,2	2,3	2,7	2,6
Tschernobylsteuer	2,7	2,4	1,3	2,5	2,1
Zölle etc.		2,3	2,9	2	3
Sonstige Einnahmen	4,1	2,7	3,8	5,7	5,8
<i>Ausgaben insgesamt</i>	34,4	36,2	35	34	35
Volkswirtschaft	14,4	14	9,6	7,2	6,6
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	11	12,6	14,5	17,1
Wissenschaft	0,5	0,4	0,3	0,6	0,7
Tschernobylfolgen	4,3	3,5	2,4	2,7	2,6
Verteidigung	1,7	1,5	1,5	1,5	1,4
Rechtsorgane	1	1,3	1,6	2,4	2,4
Verwaltung	0,6	0,6	0,7	1,2	1,2
Schuldendienst (Inland)	0,7	0,4	0,2	0,2	0,5
Sonstige Ausgaben	0,6	3,5	6,1	3,7	2,5
<i>Defizit</i>	2	4,7	3	2,5	2,7

Quelle: Unterlagen des weißrussischen Finanzministeriums sowie eigene Berechnungen.

Tabelle A6 — Geldmengen- und Kreditentwicklung 1992–1995 (Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH)

	1992	1993	1994	1995
	1.–4.Quartal ^a	1.–4.Quartal ^a	1.–4.Quartal ^a	1.–4.Quartal ^a
Nationalbankkredite ^b	117	53	191	32
Bargeld	75	96	99	55
Bankkredite ^c	107	64	114	25
M3	57	80	112	27

^aDurchschnittliche Quartalswerte. — ^bInländische Nettokreditvergabe an Regierung, Banken und Unternehmen. — ^cKredite der Nationalbank und der Geschäftsbanken an Haushalte und Unternehmen.

Quelle: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der Nationalbank sowie eigene Berechnungen.

Endnoten

- 1 Noch mehr als sonst wird eine zuverlässige Bewertung der Wirtschaftsentwicklung in Belarus durch die Inkonsistenz der laufenden statistischen Berichterstattung und durch beträchtliche und zum Teil nicht nachvollziehbare Revisionen für das Jahr 1994 erschwert. So ist zum Beispiel der Rückgang des BIP von 20 auf 13 vH revidiert worden. Sofern nicht andere Quellen angegeben werden, beziehen sich alle Zahlen auf Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996).
- 2 Der Rückgang der Investitionen 1994 war zunächst noch auf 25 vH beziffert worden.
- 3 Vgl. hierzu Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996: 13 ff.), *Statističeskij bjulleten'* Nr. 12 aus 1995: 97 ff. sowie *Belorusskij rynek* Nr. 4 aus 1996: 39 f. Die Angaben über die Produktionsentwicklung in der Leichtindustrie sind widersprüchlich. Während in den verschiedenen Tabellen der Rückgang auf 32,9 vH beziffert wird, wird an anderer Stelle des Jahresberichts für 1995 von einem Rückgang um 46,3 vH gesprochen.
- 4 Nach der ILO-Methode wird das Arbeitskräftepotential der tatsächlichen Beschäftigung gegenübergestellt. Die Differenz wird als arbeitslos definiert.
- 5 Die Armutsgrenze wurde mit 60 vH des Mindest-Pro-Kopf-Einkommens eines Haushaltes mit 4 Personen festgesetzt. „O povyšenii bazovogo normativa otnesenija graždan k maloimuščim gruppam naselenija“, Postanovlenie Gosudarstvennogo komiteta Respubliki Belarus' po trudu i social'noj zaščite naselenija, 28. Januar 1994, Nr. 16 šč.
- 6 Die Ausgaben des konsolidierten Staatshaushalts sind nicht der Staatsquote gleichzusetzen. Ein erheblicher Teil der fiskalischen Aktivitäten wird über außerbudgetäre Fonds abgewickelt.
- 7 Die vorliegenden Angaben über die Geld- und Kreditpolitik der weißrussischen Nationalbank für die zweite Hälfte des Jahres 1995 sind nur äußerst lückenhaft und erlauben nur in begrenztem Maße einen Vergleich über die Zeit.
- 8 Nach Redaktionsschluß wurde der Refinanzierungssatz weiter auf 55 vH gesenkt (*vwd-Rußland* vom 22. März 1996).
- 9 Der durchschnittliche Refinanzierungssatz wird von der weißrussischen Nationalbank ausgewiesen. Vermutlich werden in ihm auch Zinsen auf subventionierte Kredite erfaßt.
- 10 Die Ausfuhr der Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Leichtindustrie — Bellegprom — stieg demnach von 45 Mill. US-Dollar im Jahr 1994 auf 224 Mill. US-Dollar im Jahr 1995.
- 11 Vgl. zur Konzeption der Scheckprivatisierung DIW, IfW, IWH (1994).
- 12 „Programma razgosudarstvlenija i privatizacii gosudarstvennych ob-ektov, nachodjaščichsja v respublikanskoj sobstvennosti, na 1996 god“. Bestätigt durch den Präsidialerlaß Nr. 526 vom 30. Dezember 1995.
- 13 Von den ursprünglich 80 Fonds haben bis zum Jahresanfang 1996 erst 38 Fonds ihre Tätigkeit wieder aufgenommen (*Belorusskij rynek* Nr. 4 aus 1996).

Literaturverzeichnis

- DIW, IfW, IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch als *Wochenbericht* (61) 25 des DIW und in der Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- (1995). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Fehlende Reformen gefährden geldpolitischen Kurswechsel. Kieler Diskussionsbeiträge 260. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch als *Wochenbericht* (62) 44 des DIW und in der Forschungsreihe 3/1995 des IWH.
- Ministerstvo Statistiki i Analiza Belarus' (1992). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g.* Minsk.
- (1994). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1993 g.* Minsk.
- (1995a). *Respubliki Belarus' v cifrach 1994.* Minsk.
- (1995b). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–dekabre 1994 goda.* Minsk.
- (1996). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–dekabre 1995 goda.* Minsk.